

Stellungnahme zur Festlegung des angemessenen finanziellen Ausgleichs nach § 13a Abs. 2 EnWG

zur Verwendung im Rahmen des Konsultationsverfahrens der BNetzA zu einer Festlegung nach § 13j Abs. (1) S. 2 i.V.m. § 29 Abs. (1) EnWG zur Redispatchvergütung von Erneuerbaren Energien -Anlagen (Aktenzeichen: BK8-22/001-A)

Im Rahmen der Konsultation zur Festlegung des angemessenen finanziellen Ausgleichs nach § 13a Abs. 2 EnWG (BK8-22/001-A) reichen wir folgende Stellungnahme ein:

Der angemessene finanzielle Ausgleich gemäß § 13a Abs. 2 EnWG muss die sogenannten Opportunitätskosten umfassen.

Dies ergibt sich bereits unmittelbar aus dem maßgeblichen Gesetzeswortlaut. Für den Fall einer Abregelung von Anlagen der Erneuerbaren Energien, stellt § 13a Abs. 2 S. 3 Nr. 5 EnWG für die Bestimmung des angemessenen finanziellen Ausgleichs konkretisierend fest, dass „die entgangenen Einnahmen zuzüglich der zusätzlichen Aufwendungen“ zu ersetzen sind. Von den entgangenen Einnahmen sind auch entgangene Erlösmöglichkeiten und Optimierungspotentiale aus sogenannten Opportunitäten umfasst. Dies ist wesentlich, da aufgrund von Steuerungsmöglichkeiten der Anlagen diese Opportunitäten hätten realisiert werden können, wenn die Abregelung nicht stattgefunden hätte. Aus diesen Steuerungsmöglichkeiten resultierende Erlöse und entgangene Optimierungspotentiale sind als entgangene Einnahmen vollständig zu ersetzen.

Dieses Ergebnis wird durch den geltenden Grundsatz der Kostenneutralität bestätigt. § 13a Abs. 2 S. 2 EnWG definiert den Ausgleich als angemessen, wenn der Betroffene unter Anrechnung des bilanziellen Ausgleichs wirtschaftlich weder besser noch schlechter steht, als er ohne die Abregelung stünde. Ohne die Abregelung hätten Opportunitäten realisiert werden können, so dass die daraus resultierenden entgangenen Einnahmen bzw. Einsparungen ersetzt werden müssen. Diese entgangenen Einnahmen gehen auch über den bilanziellen Ausgleich hinaus, so dass dessen Berücksichtigung gerechtfertigt ist.

Zudem spricht auch die gebotene Gleichbehandlung gegenüber konventionellen Kraftwerken für einen vollständigen finanziellen Ausgleich. Es ist keine Rechtfertigung ersichtlich, weshalb dies bei Anlagen der Erneuerbaren Energien nicht der Fall sein sollte.

Vor diesem Hintergrund ist der derzeit im Raum stehende Auslegungsansatz, nachdem aufgrund des bilanziellen Ausgleichs entgangene Verkaufserlöse nicht vorliegen sollen, nicht überzeugend. Insbesondere verkennt dieser Ansatz, dass die Optimierung der Anlagen einen wesentlichen Anteil der Wirtschaftlichkeit ausmacht. Eine Nichtberücksichtigung im Rahmen der Begrifflichkeit der entgangenen Einnahmen stellt Anlagen der Erneuerbaren Energien schlechter gegenüber konventionellen Anlagen. Es kann keinen Unterschied machen, ob die entgangenen Einnahmen aus entgangenen Handelsgeschäften oder aus entgangenen Optimierungspotentialen resultieren.

Die Bundesregierung hat sich gemäß § 1 Abs. 2 EEG 2023 das Ziel gesetzt, den Anteil aus Erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch bis 2030 auf mindestens 80 % zu steigern. Dieses Ziel

ist nur dann zu erreichen, wenn ein netzdienlicher Betrieb fluktuierender Erzeugungsanlagen nicht nur technisch ermöglicht, sondern auch finanziell angereizt wird. Ein Wegfall von Opportunitäten, die aus der Flexibilität im Anlagenbetrieb resultieren, würde erhebliche Mindereinnahmen bedeuten, die die Direktvermarktungsunternehmen an die Anlagenbetreiber weitergeben müssten. Hierdurch verringert sich die Wirtschaftlichkeit von Wind- und Solarenergie-Projekten, mit der Folge, dass einige Projekte voraussichtlich nicht realisiert würden. Weitere zusätzliche finanzielle Hindernisse sollten unbedingt vermieden werden.